

otto

engagiert

sich

im

stadtteil

Dokumentation

Fachtag zur Gemeinwesenarbeit in Magdeburg

13. November 2010

Magdeburg - sozial (Band 13)

Reihe: Magdeburg – sozial

- Band 1: Kommunale Leistungen für Familien
- Band 2: Geschäftsbericht 2004 – Dezernat, Soziales Jugend und Gesundheit
- Band 3: Forschungsprojekt „Gesundheit als Integriertes Leitziel in der Konzeption und Erprobung eines regionalen Berichtssystems nachhaltiger Entwicklung“
- Band 4: Pflegestrukturplanung 2005 bis 2008
- Band 5: Stadtteilreport
- Band 6: Reader – Magdeburger Fachkonferenz – Ideenwerkstatt Kinder- und Familienarmut 2008
- Band 7: Pflegestrukturplanung 2009 bis 2011
- Band 8: Bericht und Konzept zur Suchtbekämpfung und Suchtprävention in der Landeshauptstadt Magdeburg 2010 - 2013
- Band 9: Dokumentation der Fachkonferenz „Seniorenpolitische Leitlinien der Landeshauptstadt Magdeburg“ am 27. November 2009
- Band 10: Dokumentation der Magdeburger Fachkonferenz zur Kinder- und Familienarmut - November 2009
- Band 11: Stadtteilreport 2010
- Band 12: Magdeburger Bürgerumfrage 2010, Ergebnisse der Befragung

Herausgegeben von der Stabsstelle Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung der Landeshauptstadt Magdeburg

Magdeburg 2011

Postanschrift: Landeshauptstadt Magdeburg
Der Oberbürgermeister
Dezernat für Soziales, Jugend und Gesundheit
Stabsstelle für Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung
39090 Magdeburg

Hausanschrift: Landeshauptstadt Magdeburg
Der Oberbürgermeister
Dezernat für Soziales, Jugend und Gesundheit
Stabsstelle für Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung
Wilhelm -Höpfner- Ring 4
39116 Magdeburg

Telefon: (0391) 540 3110

Fax: (0391) 540 3243

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen i. d. R. verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichwohl für beiderlei Geschlecht.

Nachdruck, auch auszugsweise, ist nur mit schriftlicher Genehmigung und Quellenangabe gestattet.

Fachtag zur Gemeinwesenarbeit in Magdeburg, 13.11.2010

Inhalt

Grußwort des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Magdeburg 4

Dr. Lutz Trümper

Einführung 7

Hans-Werner Brüning, Landeshauptstadt Magdeburg, Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit

Gemeinwesenarbeit – Stand in Magdeburg 10

Dr. Ingo Gottschalk, Landeshauptstadt Magdeburg, Leiter Stabsstelle Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung

Gemeinwesenarbeit – Impulse für Magdeburg 18

Dr. Maria Lüttringhaus, Essen

Gemeinwesenarbeit in Magdeburg 25

Diskussion mit dem Oberbürgermeister, Dr. Lutz Trümper

Gemeinwesenarbeit – Problemschwerpunkte in Magdeburg 30

Diskussion im World Café

Anhang 36

Literaturverzeichnis zum Vortrag von Dr. Maria Lüttringhaus

Grußwort des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Magdeburg

Dr. Lutz Trümper



Sehr verehrte Damen und Herren,
liebe Mitglieder der Gemeinwesenarbeitsgruppen in Magdeburg.

Ich will heute nicht nur ein ‚Grußwort‘ halten (ein paar freundliche Worte sagen, ohne was zu sagen), sondern ich will was zum Inhalt, zum Thema sagen.

Sie haben sich alle die Mühe gemacht, heute am Samstag von 10.00 bis 16.00 Uhr ins Rathaus zu kommen, um über die weitere Entwicklung der Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit zu beraten und das finde ich sehr bemerkenswert.

Wenn ich aus meiner Sicht als Oberbürgermeister das Thema ‚Mitwirkungsrechte von Bürgern‘ betrachte, dann weiß ich, dass wir viele Möglichkeiten für die Mitsprache von Bürgern haben. Da sind die Gemeinwesenarbeitsgruppen in 20 Stadtteilen. Wer will, kann sich dort einbringen, seine Meinung vortragen. Dann führe ich im Jahr mindestens in 2 Stadtteilen Einwohnerversammlungen durch, wo wir alle Bürger einladen und in der Vorbereitung die Themen aus der Gemeinwesenarbeitsgruppe abfragen. Das Dritte sind die Bürgersprechstunden. Ich selbst führe Sprechstunden für Erwachsene und für Kinder durch, die Fraktionen des Stadtrates und der Stadtratsvorstand bieten ebenfalls Sprechstunden an. Die Ortsvereine der verschiedenen Parteien tagen in den Stadtteilen und laden zu öffentlichen Veranstaltungen mit konkreten Themen ein. Es gibt also viele Möglichkeiten, wenn man als Bürger mittun will oder wo man sich als Bürger mit seinen Problemen hinwenden kann.

Die Gemeinwesenarbeitsgruppen haben seit Jahren den Finger im Stadtteil an den Themen, die wirklich von Bedeutung sind. Wenn ich überlege, was wir in den Jahren erreicht haben, sind viele Dinge umgesetzt worden, die hier thematisiert wurden.

Wenn ich das Beispiel Reform nehme, die neue Zentrumsachse. Das ist im Stadtteil gewachsen, ist hier im Stadtrat entschieden worden, die Fördermittel sind beantragt und das Projekt wird bis 2012/13 realisiert. Ein klares Thema, von dem man sagen kann, Verwaltung und Bürger gemeinsam haben ein Thema entwickelt, vorangebracht, beantragt, entschieden und nun realisiert, auch wenn der ganze Prozess einige Jahre dauert. Und da kann ich viele weitere Beispiele nennen. Wenn ich nur Alt Olvenstedt nehme. Da war das Kernthema vor zehn Jahren „Abwasser“. Das hat die Bürger sehr interessiert, wir sind dort hingekommen und es gab richtige kräftige Reden von den Bürgern aus dem Stadtteil. Das ist heute realisiert bis auf zwei, drei Ausnahmen. Und so könnte ich Beispiele aus fast jedem Stadtteil aufzählen. „Das klingt gut.“ sagen Sie jetzt. „Erzählt er wieder aus seiner Sicht alles was positiv ist. Als Bürgermeister muss man alles schön darstellen und auch keine Probleme zulassen.“

Aber, wenn Bürger mitbestimmen dürfen, kann es natürlich Probleme geben.

Beispiel: In einer GWA-Gruppe wird über ein Thema gesprochen, diskutiert, sich eine Meinung gebildet. Dann gibt es vielleicht sogar einen Antrag an den Stadtrat und nun

kann es eben auch passieren, dass im Stadtrat von den demokratisch gewählten Vertretern anders entschieden wird. Das kann dann in der GWA-Gruppe auch schon mal zu großem Frust führen. Das greift dann sofort die Volksstimme auf und schreibt darüber, nach dem Motto: „Die Bürger haben gesagt...Und wie kann es sein, dass im Stadtrat die Bürgermeinung ignoriert wird?“

Und das ist eben die spannende Frage: Ist das, was die Gemeinwesenarbeitsgruppen vortragen auf alle bezogen? Ich schätze, in den GWA-Gruppen engagieren sich etwa 5 % der Bürger dieser Stadt. Ist das also die Bürgermeinung? Das ist die Bürgermeinung von den aktiven Bürgern, die sich kümmern, die sich engagieren. Ob es die gesamte Bürgermeinung ist, das weiß ich nicht. In vielen Fällen mag das so sein, aber es gibt auch Fälle, wo das nicht so ist. Und darum ist eben dieser Generalkonflikt, dass hier im Stadtrat auch mal anders entschieden wird, nicht vermeidbar.

Das zweite Problem, was ich sehe, ist die Teilnahme von Stadträten aus den verschiedensten Parteien in den Gemeinwesenarbeitsgruppen. Die bekommen da ein Thema mit, greifen es auf und wollen die Ersten sein, die es im Stadtrat beantragen – und machen dann damit Politik. Das gibt wiederum Frust bei den Bürgern, weil die dann sagen: „Das war doch gar kein Parteithema. Das war doch ein Thema, was wir eigentlich als Bürger auf den Tisch gebracht haben.“

Um so etwas in Zukunft zu vermeiden, könnte man folgenden Weg gehen:

Wir haben bereits Seniorenforen und Jugendforen durchgeführt aus denen heraus Anträge im Stadtrat direkt eingebracht und abgestimmt werden. Das wäre auch für die Gemeinwesenarbeit denkbar.

Wenn ein Thema in der Gemeinwesenarbeit wirklich ausgiebig besprochen wurde und dazu eine Mehrheitsmeinung gefunden wurde, dass dann die GWA eine Art Vorschlagsmöglichkeit hat, den Antrag im Stadtrat direkt einzubringen. Der Stadtrat kann den Antrag besprechen, in die Ausschüsse geben und fachlich beraten. Wir müssen überlegen, ob wir das rechtlich hinbekommen können, dann wäre dieses Vorgehen durch alle Fraktionen hinfällig.

Aber trotzdem: es wird immer wieder auch Vorschläge aus GWA-Gruppen geben, das muss man einfach den engagierten Bürgern so sagen, die im Stadtrat keine Zustimmung finden. Und man muss auch als engagierter Bürger damit leben können, dass man mit seiner Meinung unterlegen ist und der Stadtrat eben anders entscheidet. Als Beispiel möchte ich da das Kinder- und Jugendhaus Werder nennen. Vor Ort war die Meinung, dass das Haus erhalten werden muss, im Stadtrat wurde demokratisch anders entschieden und das habe ich als Bürgermeister zu akzeptieren. Das ist Demokratie und die können wir mit den Gemeinwesenarbeitsgruppen nicht aushebeln.

Was den Initiativfonds betrifft, der in Höhe von 51.200 Euro jährlich zur Verfügung steht, habe ich im Moment nicht den Eindruck, dass wir da eine Erhöhung brauchen. Jetzt werden Sie alle sagen: „Wieso sagt er das?“ Wenn ich mir die Liste anschau, was mit dem Geld gemacht wird, dann sind das in der Regel Stadtteilstellen, die finanziert werden. Und ich finde, das ist nicht der Sinn, das Geld auszugeben. Stadtteilstellen sind wichtig, sie tragen zur Identitätsbildung bei. Aber wenn man mehr Geld haben möchte, sollte etwas noch Sinnvolleres damit gemacht werden. Wir sind

in der Haushaltskonsolidierung. Wenn für den Initiativfonds mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden sollen, muss gesagt werden, wo Geld weggenommen oder umgeschichtet werden soll. Das kann man politisch besprechen. Aber es müssen sinnvolle Projekte für den Stadtteil sein.

Insgesamt, das darf ich hier mal klar sagen, haben wir mit der Gemeinwesenarbeit in Magdeburg in den letzten Jahren Riesenschritte gemacht.

Die Idee zur Entstehung der Gemeinwesenarbeitsgruppen war 1997 eine ganz andere. Es ging darum, dass das Jugendamt in die Stadtteile gehen würde um Benachteiligten mehr Partizipation und Unterstützung zu geben, damit auch die mitkommen und mitgenommen werden, die es aus eigener Kraft nicht können. Das hat sich in den Jahren in eine ganz andere Richtung entwickelt. Wir haben heute die Gemeinwesenarbeitsgruppen, die sich in gewisser Weise wie Stadtteilparlamente oder Stadtteildiskussionsforen sehen, wo eigentlich alle Themen die es gibt, besprochen werden. Das ist eine Entwicklung, die wir damals so nicht vorhergesehen haben. So wie sich Gemeinwesenarbeit inzwischen entwickelt hat können wir damit gut leben, eben auch weil wir in der Praxis viel erreicht haben. Es gibt in jedem Stadtteil etwas aufzuzählen was die Bürger gewollt haben und was wir gemeinsam umgesetzt und erreicht haben.

Ich freue mich, dass Sie in den Gemeinwesenarbeitsgruppen weiterhin mitmachen, würde mich noch mehr freuen, wenn sich noch mehr Bürger engagieren würden. Aber ich weiß und das hat Frau Dr. Lüttringhaus an Hand Ihrer Folie sehr schön dargestellt, dass es zum Mitmachen zunächst erst einmal irgendeiner Betroffenheit bedarf. Also wenn der Bürger nicht irgendwie merkt, dass er damit was zu tun hat und betroffen ist, dann engagiert er sich nicht. Das ist so. Es wird sicher so bleiben, dass die große Mehrheit in den Gemeinwesenarbeitsgruppen nicht auftaucht. Das soll aber niemanden entmutigen, die Engagierten sollten sich auch weiterhin im Ehrenamt einbringen. Wir als Stadtverwaltung wollen da, wo Hilfe und Unterstützung notwendig sind, weiter mithelfen und uns mit Ihnen für die Stadtteile engagieren.

Ich hoffe, ich habe mit meinen Ausführungen auch einige Anstöße für die Diskussion am Nachmittag gegeben. Insgesamt kann ich heute nach 12 Jahren Gemeinwesenarbeit in Magdeburg sagen, dass die Gemeinwesenarbeitsgruppen sehr erfolgreich arbeiten. Darum noch einmal von dieser Stelle aus an alle, die sich hier engagieren und mitmachen, meinen herzlichen Dank. Engagieren Sie sich weiter und lassen Sie sich auch durch Rückschläge nicht entmutigen. Herzlichen Dank.

Einführung

Hans-Werner Brüning, Landeshauptstadt Magdeburg, Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde der Gemeinwesenarbeit in der Landeshauptstadt Magdeburg,

ich darf Sie recht herzlich im Alten Rathaus begrüßen. Ich begrüße insbesondere Frau Dr. Lüttringhaus aus Essen, unsere angekündigte Referentin. Ihnen allen danke ich, dass Sie an diesem Sonnabend gekommen sind. Wir wollen uns heute sehr intensiv mit den Erfahrungen der Arbeit der Gemeinwesenarbeitsgruppen in den Stadtteilen der Landeshauptstadt Magdeburg befassen.

Seit 12 Jahren arbeiten in Magdeburg die Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit. Sie waren ursprünglich eine Initiative, die vom Jugendamt der Landeshauptstadt ausgegangen ist. Es bestand damals der Wunsch, Bürger und Einwohner anzusprechen, damit sie sich aktiv für die Gestaltung ihrer eigenen Lebenswelt, ihres Wohnumfeldes und für Ihren Stadtteil einsetzen. Vor 10 Jahren hat sich der Stadtrat mit den Zielstellungen der Gemeinwesenarbeit auseinandergesetzt und dazu Beschlüsse gefasst. Ich selbst habe als Stadtrat und in den letzten beiden Jahren in der Verantwortung als Leiter der Sozialverwaltung der Landeshauptstadt Magdeburg diesen Prozess von Anfang an begleiten können. Ich weiß, dass es ein ausgeprägtes Engagement gibt und sich Einwohner in unterschiedlichen Stellungen, darunter auch viele Stadträte und ehemalige Stadträte für ihren Stadtteil einsetzen, sich in die GWA-Gruppen einbringen und bereits über Jahre hinweg eine zuverlässige Arbeit leisten. Das alles ist bemerkenswert und nicht selbstverständlich. Deshalb halte ich es für wichtig, dass Sie in Ihrer Arbeit die Unterstützung der Verwaltung erfahren. Darauf haben Sie Anspruch. Ich darf mich im Namen des Oberbürgermeisters für

Ihre nicht immer selbstverständliche Arbeit in den Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit bedanken.

Auch der Stadtrat befasst sich regelmäßig mit der Arbeit der Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit. Am heutigen Tag soll ein Auftrag des Stadtrates, genauer der Fraktion SPD-Tierschutz-future!, umgesetzt werden, nämlich die Gemeinwesenarbeit zu evaluieren. Dieser Auftrag wurde bereits am 25. Februar erteilt. Es ist nicht so einfach, bis zu einem bestimmten Zeitpunkt einen solchen Auftrag mit ehrenamtlich Tätigen umzusetzen. Ich möchte mich insbesondere bei den Mitarbeitern der Stabsstelle Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung bedanken, dass sie sich über Monate intensiv und erfolgreich mit der Vorbereitung der heutigen Tagung befasst haben.

Wir haben verschiedene Ansätze der Arbeit in den Stadtteilen. In einigen Stadtteilen, wie Neustädter See, Neustädter Feld und in Südost haben wir es mit Projekten der Sozialen Stadt zu tun. Hier gibt es ein Stadtteilmanagement. Diese GWA-Gruppen scheinen aus den Erwägungen der Stadtentwicklung besser gestellt als Gemeinwesenarbeitsgruppen, wo es kein Stadtteilmanagement gibt. Im Stadtrat ist schon oft die Frage nach hauptamtlichen Stadtteilmanagern für verschiedene Stadtteile diskutiert worden. Das funktioniert aber nur in Stadtteilen mit dem Förderprogramm „Soziale Stadt“. Manch einem ist leider nicht ganz klar, wie sich die Arbeit der GWA-Gruppen und die Arbeit eines Stadtteilmanagers voneinander unterscheiden. In den Gemeinwesenarbeitsgruppen jedenfalls geht es hauptsächlich um das ehrenamtliche Engagement der Bürger, das in den Stadtteilen sehr unterschiedliche Ausprägungen hat. Beim Stadtteilmanagement geht es um Aufgaben aus der Stadtplanung und –gestaltung.

Als der Antrag zur Evaluierung der Gemeinwesenarbeit in den Stadtrat kam, gab es dazu eine sehr lebhaft Diskussion. Es wurde zu Recht darauf hingewiesen, dass die GWA-Gruppen nicht reglementiert werden sollen. Sondern es geht darum nach 12 Jahren Erfahrung über die geleistete Arbeit zu sprechen und zu hinterfragen, ob die Zielstellungen, die im Jahr 2000 beschlossen wurden auch noch diejenigen sind, mit denen wir uns heute identifizieren können. In dieser Zeit ist eine ganze Menge passiert.

Wie hat sich unsere Stadt in dieser Zeit gestaltet! Für viele Projekte die verwirklicht wurden, habe ich anerkennende Worte. Unsere Stadt ist ansehnlicher geworden, sie ist attraktiv in ihrer Gestaltung. Ich fühle mich hier sehr wohl. Leider wird das nicht jeder von sich behaupten können und das hat etwas mit den sozialen Prozessen zu tun, mit denen wir auch in den GWA-Gruppen konfrontiert sind.

Wenn wir uns damit auseinandersetzen, wie wir uns unsere Stadt künftig vorstellen, dann hat das nicht nur mit den Straßen, Häusern, Betrieben und Kultureinrichtungen zu tun. Es geht auch um das Miteinander, um die Verhältnisse, die wir aktiv gestalten. Hier sind die GWA-Gruppen zunehmend mit Fragen der sozialen Struktur, der sozialen Infrastruktur, der sozialen Stellung von Menschen befasst. Und die bevorstehende Weihnachtszeit ist auch wieder Anlass, darüber nachzudenken: Wo finden Weihnachtsveranstaltungen statt? Wer sind unsere Zielgruppen? Wer soll sich unser Angebot leisten können? Hier ist schnell ausgemacht, dass tausende bedürftige Kinder in Magdeburg leben, um die wir uns in dieser Zeit auf besondere Weise kümmern müssen. Die Bedürftigkeit ist in den Stadtteilen zu einer zentralen Frage des Umgangs miteinander geworden. In Magdeburg leben ca. 21.000

Bedarfsgemeinschaften nach SGB II, also Harzt IV, und das hat zur Folge, dass unser Zusammenleben sehr beeinträchtigt wird. Wer an der Armutsgrenze lebt, der ist einem Prozess der Isolation und Selbstisolation ausgesetzt, zieht sich in der Regel zurück. Man „brüllt“ nicht in die Öffentlichkeit hinaus, dass man Probleme hat, schon lange keiner Arbeit nachgegangen ist, dass einem die Familie entgleitet. Das sind ganze Pakete von Problemen, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen, und die GWA-Gruppen sind durchaus mit ihnen konfrontiert.

Die Entwicklung in den letzten Jahren kann man an der Gestaltung des Magdeburg-Passes erkennen: im Jahr 1992 kurz vor der Weihnachtszeit hat der Stadtrat beschlossen, dass jeder Sozialhilfeempfänger zu Weihnachten 100 D-Mark erhält. Damals hatten wir ca. 3.000 Sozialhilfeempfänger. Das ist heute nicht mehr möglich da die Landeshauptstadt Magdeburg ein strukturelles Defizit von ca. 200 Mio. Euro hat. Auch die Zahl der Bedürftigen hat sich vervielfacht. Die GWA-Gruppen haben das nicht gespürt, weil der Stadtrat die vereinbarten Mittel trotzdem zur Verfügung gestellt hat. Aus meiner Sicht ist die Verwendung dieser Mittel gut angelegtes Geld. Die Gelder sind so eingesetzt worden, dass eine aktive Arbeit und ein Vielfaches damit erreicht worden ist. Damit werden aktiv gesellschaftliche Prozesse mit gestaltet und sie helfen, dass in Magdeburg niemand im Abseits stehen muss.

Ich habe über die psychologische Situation von sozial Benachteiligten gesprochen. Die ist durchaus zu verbessern, indem sich der Nächste um den Nächsten kümmert. Das ist eine große Herausforderung. Ich habe deshalb die große Hoffnung, dass wir heute über solche Fragen sprechen: „Wie erreichen wir in unseren Stadtteilen unsere Mitmenschen, um sie für ein gemeinsames Leben, für gemeinsame Ziele zu aktivieren?“ Das ist die Grundlage dafür, dass unsere Stadt eine gute Zukunft hat. Auf den GWA-Gruppen ruhen dabei große Hoffnungen.

Ich wünsche mir und Ihnen, dass der heutige Tag ein spannender, ein erfolgreicher, ein aufschlussreicher wird und dass Sie am Ende des Tages sehr froh darüber sind, heute hier ins Rathaus gekommen zu sein. Viel Erfolg!

Gemeinwesenarbeit – Stand in Magdeburg

Dr. Ingo Gottschalk, Landeshauptstadt Magdeburg, Dezernat Soziales, Jugend und Gesundheit, Leiter Stabsstelle Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung



Ich werde etwas zum Stand der Gemeinwesenarbeit in Magdeburg einbringen, auch vor dem Hintergrund der Rückmeldungen der Sprecher der Arbeitsgruppen zur Evaluierung der Gemeinwesenarbeit. Zuvor möchte ich den Unterstützern zur Sicherung des Rahmens der heutigen Veranstaltung meinen Dank aussprechen: den Magdeburger Wohnungsunternehmen. Das sind konkret:

Magdeburger Wohnungsbaugesellschaft mbH - Herr Sonsalla

Wohnungsbaugenossenschaft Magdeburg-Stadtfeld eG - Herr Rückriem

Magdeburger Wohnungsbaugenossenschaft von 1893 - Frau Wartmann

Wohnungsbaugenossenschaft „Stadt Magdeburg von 1954“ e.G. - Frau Lamontaine

MWG Wohnungsgenossenschaft eG Magdeburg - Herr Fischbeck und

Wohnungsbaugenossenschaft Otto von Guericke - Frau Grasse.

Sie engagieren sich seit vielen Jahren in und für unsere Arbeitsgruppen und leisten einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung der Gemeinwesenarbeit in Magdeburg. Einige der Wohnungsunternehmen sind auch heute mit ihren Vertretern dabei.

Ich werde im Wesentlichen auf drei Fragen eingehen:

1. Welchen Auftrag hat der Stadtrat formuliert?
2. Was ist die Zielstellung des heutigen Tages?
3. Was können wir zum heutigen Stand der Gemeinwesenarbeit konstatieren?

Zum Auftrag

Es gibt seit dem 25. Februar diesen Jahres den Auftrag des Stadtrates. Darin wird der Oberbürgermeister beauftragt, dem Stadtrat eine konzeptionelle Überarbeitung zur Organisation der Arbeit der Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit vorzulegen, wobei zwei Schwerpunkte insbesondere zu berücksichtigen sind. Es geht zum Einen um die Ziele und die Zielstellung der Gemeinwesenarbeit hier in Magdeburg und zum Zweiten um die Mittelvergabe aus dem Initiativfonds hinsichtlich der Anteiligkeit von Traditionsprojekten. Das sind die beiden besonderen Schwerpunkte, die der Stadtrat gesehen hat. In den Rückmeldungen der Sprecher zur Evaluierung der Gemeinwesenarbeit wurden für die Vorbereitung der Veranstaltung darüber hinaus Fragestellungen und Impulse eingebracht, die wir diskutieren wollen. Meinen Dank möchte ich in diesem Zusammenhang neben den Vertretern der Verwaltung insbesondere an unsere ehrenamtlichen Mitstreiter im Vorbereitungs- und Redaktionsteam der Veranstaltung richten: Herr Keithen, Herr Häusler, Herr Gehrman, Herr Müller, Frau Pierau, Frau Hasenfuß, Herr Dr. Wittstock, Frau Joachim. Die Genannten haben sich zur Strukturierung des heutigen Tages und der inhaltlichen Bewertung der Vorbereitung eingebracht und werden auch die Formulierung des Positionspapiers an den Stadtrat, das aus dieser Veranstaltung entstehen soll, begleiten. Das schließt nicht aus, dass weitere Interessierte dieses Team dann verstärken können.

Zur Zielstellung der Veranstaltung

Wir reflektieren und bewerten unsere Arbeit auf der Grundlage unserer Magdeburger Erfahrungen und der Impulse, die wir von Frau Dr. Lüttringhaus aufnehmen werden, selbst.

Darauf haben wir uns in der Vorbereitungsgruppe und Ihnen verständigt. Wir gucken uns also selbst auf die Finger. Mit dem noch zu entwickelnden Positionspapier ist die Rückkopplung in den Stadtrat möglich, welche Herausforderungen wir für die weitere Entwicklung der Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit sehen.

Wir haben dazu fünf sogenannte Schwerpunktfragen für die noch folgende Diskussion entwickelt, die wir in einem „World Cafe“ bearbeiten wollen.

Zum Stand

Ich kann mich noch gut erinnern. 1997 habe ich das Konzept entwickelt. An der Umsetzung hat die Verwaltung gemeinsam mit dem Stadtrat gearbeitet. Die Etablierung der Arbeitsgruppen zur Unterstützung und Entwicklung der Gemeinwesenarbeit begann im zweiten Halbjahr 1998.

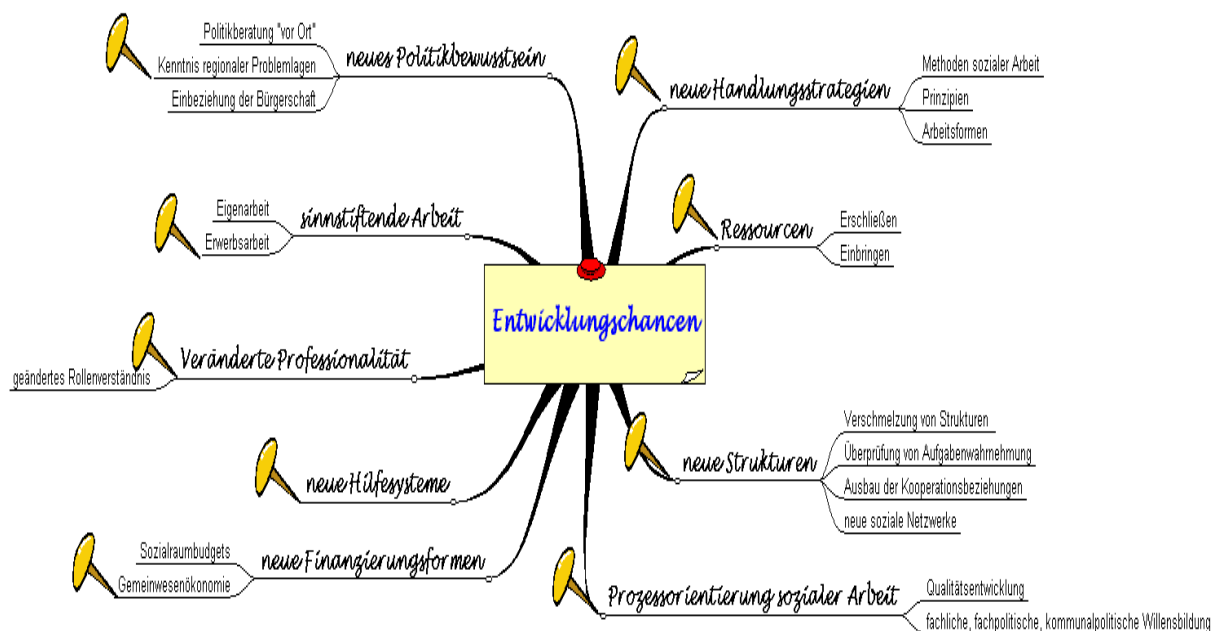
Es hat sich in der Folge eine Arbeitsstruktur mit 20 Arbeitsgruppen herausgebildet. In diesen Arbeitsgruppen sind mittlerweile rund 500 stadteilbezogene Akteure regelmäßig eingebunden und erreichen in den Projekten rund 55.000 Magdeburger jährlich.

Die Zielstellungen zur Unterstützung und Entwicklung der Gemeinwesenarbeit in der Landeshauptstadt Magdeburg wurden im Jahr 2000 durch den Stadtrat wie folgt bestätigt:

1. Gemeinwesenarbeit ist stadtteilbezogene Sozial- und Kulturarbeit.
2. Gemeinwesenarbeit hat das Ziel, die Lebensqualität eines Stadtteils insbesondere von benachteiligten Gruppen und Einzelpersonen durch das Erkennen vorhandener Problemlagen die Lösung sozialer Probleme und die Anreicherung des Alltagsumfeldes zu verbessern.
3. Gemeinwesenarbeit zielt darauf ab, Hilfe zum selbstorganisierten Handeln unter Mobilisierung aller notwendigen verfügbaren materiellen, sozialen und symbolischen Ressourcen durch Einmischung in kommunale Willensbildungsprozesse, durch Vernetzungsstrategien die Bewohner eines Stadtteiles zu ermutigen und befähigen, ihre Probleme zu erkennen und deren Lösung selbsttätig und öffentlich anzugehen.

Die Sprecher der Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit waren sich nach einer entsprechenden Diskussion zur Vorbereitung dieser Veranstaltung einig, dass genau an diesen Zielstellungen durch die Arbeitsgruppen gearbeitet wird. Die Zielstellungen sind Grundlage des Handelns in den Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit und sollen als langfristige Zielsetzungen nicht verändert werden. Die konzeptionelle Orientierung von Vernetzung im Stadtteil hinsichtlich der zivilgesellschaftlichen Aktivierung von Akteuren ist in dieser Struktur gelebte Praxis.

Umfängliche Entwicklungschancen können aus dem Gestaltungsansatz der Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit beschrieben werden.



© Gottschalk 2000
Abb.1: Entwicklungschancen

Damals wie heute hat sich die Stadtverwaltung mit dem Oberbürgermeister an der Spitze als eine Kommune für die Bürger auf den Weg gemacht. Der

Oberbürgermeister - und damit die gesamte Stadtverwaltung - hat sich nunmehr öffentlich dem Leitbild der Bürgerkommune verpflichtet.

Die Beschlusslage zur Entwicklung der Magdeburger Arbeitsgruppenstruktur zur Gemeinwesenarbeit fixiert Grundlagen der heutigen Arbeit:

- **DS0022/99 SR 04.03.1999 Beschluss-Nr.: 2068-99(II)/99
Bestätigung Struktur und der Aufgaben/ Ziele der Arbeitsgruppen
Gemeinwesenarbeit**
- **DS0478/00 SR 07.09.2000 Beschluss-Nr.: 777-18(III)/00
Verfahrensregelung Initiativfonds Gemeinwesenarbeit**
- **A 0208/05 SR 09.03.2006 Beschluss-Nr.: 932-30(IV)06
Frühestmögliche Einbeziehung der Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit
in Projekte der Stadtteilentwicklung**
- **DS0178/06 OB 20.06.2006 Beschluss-Nr.: 207-25/06
Förderrichtlinie über die Gewährung von Zuwendungen aus dem Initiativ-
fonds**
- **A 0204/09 SR 25.02.2010 Beschluss-Nr.: 315-13[V]10
Evaluierung der Gemeinwesenarbeit**

Abb. 2: Beschlusslage

Im Rahmen der jährlichen Berichterstattung über die Arbeit der Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit wird dem Stadtrat dokumentiert, was mit dem Initiativfonds Gemeinwesenarbeit, also mit 51.200 Euro pro Jahr, in rund 150 stadtteilbezogenen Projekten in den Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit erreicht wird und welche Themen der Stadtteilentwicklung diskutiert werden. Darauf gehe ich heute nicht weiter ein, da Ihnen diese Stadtratsinformationen sicherlich bekannt sind.

Ich möchte Ihnen auf der Grundlage der Rückmeldungen der Sprecher zur Evaluierung der Gemeinwesenarbeit den Stand zu sechs Schwerpunkten zur Vorbereitung dieser Fachtagung in den Arbeitsgruppen zur Unterstützung und Entwicklung der Gemeinwesenarbeit (AG GWA) vorstellen. 18 der 20 Arbeitsgruppen haben sich an der Evaluierung zum Stand der Arbeit beteiligt.

- **Einschätzung zur Erreichung der Ziele der AG GWA**
- **Arbeitsweise der AG GWA**
- **Selbstverständnis der AG GWA**
- **Antragsverfahren zum Initiativfonds GWA**
- **Bewertung der Arbeit der AG GWA**
- **Themen zum Fachtag aus der Sicht der AG GWA**

Abb. 3: Schwerpunkte Stand GWA-Arbeit

➤ **Einschätzung zur Erreichung der Ziele der AG GWA**

Die Organisation stadtteilbezogener Sozial- und Kulturarbeit wird umgesetzt. Hervorgehoben wird die entstandene Zusammenarbeit und Vernetzung.

Die Verbesserung der Lebensqualität in den Stadtteilen, von insbesondere benachteiligten Gruppen und Einzelpersonen, das Erkennen vorhandener Problemlagen, die Lösung sozialer Probleme und die Anreicherung des Alltagsumfeldes steht im Fokus der Arbeitsgruppen und ist durch die Umsetzung der Projekte und die Diskussionsgegenstände in den Beratungen der Arbeitsgruppen belegt. Selbstorganisiertes Handeln und Partizipation von Bürgern im Alltag zu aktivieren ist sehr anspruchsvoll und fordernd und bleibt bei allen Schwierigkeiten eine herausragende Zielstellung der Arbeit in den Arbeitsgruppen.

Aus der Sicht der Akteure der Gemeinwesenarbeit ist die Zielorientierung der Magdeburger Gemeinwesenarbeit nicht in Frage gestellt.

➤ **Arbeitsweise der AG GWA**

Die Sitzungen der Arbeitsgruppen beginnen zwischen 12.00 Uhr und 19.00 Uhr (16 Arbeitsgruppen beginnen ab 16.00 Uhr).

Gleichbleibend haben in den letzten zwei Jahren zu diesen Zeiten zwölf Arbeitsgruppen beraten. Fünf von achtzehn Arbeitsgruppen haben den Beginn der Beratungen in den letzten zwei Jahren auf einen späteren Tageszeitpunkt verschoben.

Die rechtzeitige Versendung von Einladungen und Protokollen der Arbeitsgruppensitzungen wird von unterschiedlichen Akteuren geleistet und hat sich etabliert. Die Protokolle werden meistens von den gleichen Personen angefertigt (in zwei Arbeitsgruppen rotierend). Die Protokollanten sind unterschiedlichen Akteursgruppen zuzuordnen. Vierzehn Arbeitsgruppen werden mittlerweile von einem Sprecherrat geführt, der bis zu fünf Personen stark sein kann. Ein fester Rhythmus zur Wahl der Sprecher bzw. Sprecherräte existiert in drei Arbeitsgruppen. Elf Bürger sind Sprecher, 9 Vertreter eines Vereins, 6 Vertreter einer Einrichtung/Institution, 4 Vertreter einer Partei (davon 3 Stadträte). Einen Verantwortlichen für Öffentlichkeitsarbeit gibt es in fünf Arbeitsgruppen.

An den Beratungen nehmen Vertreter von Verwaltung und Politik regelmäßig bzw. anforderungsbezogen teil. In der Regel werden Mitarbeiter der Stadtverwaltung zu bestimmten Themen durch die Sprecher bzw. Sprecherräte eingeladen. 15 Arbeitsgruppen schätzen die Zusammenarbeit mit der Verwaltung als gut oder sehr gut ein.

Zwischen vier und elf Arbeitsgruppensitzungen finden pro Arbeitsgruppe im Jahr statt, wobei die Mehrheit zwischen 6 bis 8 Mal tagt. Treffen zur direkten Projektvorbereitung sind nicht erfasst worden. Zwölf Arbeitsgruppen wechseln ständig den Tagungsort; sechs tagen immer in der gleichen Einrichtung. An den

Beratungen der Arbeitsgruppen nehmen themenbezogen sehr unterschiedlich Bürger teil (Schwankungen bis zu 100 Teilnehmer; durchschnittlich zwischen 10 bis 20; vereinzelt auch weniger). An der Durchführung und Vorbereitung von Projekten nehmen rund 55.000 Bürger jährlich teil.

Entscheidungen in den Arbeitsgruppen werden durch demokratische Abstimmungen getroffen.

In der Hälfte aller Arbeitsgruppen wird zu Beginn des Jahres über die Mittel des Initiativfonds entschieden, in der anderen Hälfte dann, wenn die Anträge eingebracht werden. Wenn die Höhe der Antragstellungen für den Initiativfonds insgesamt das Budget der Arbeitsgruppe übersteigt, werden in fünf Arbeitsgruppen alle Antragshöhen reduziert; in den anderen wird priorisiert und die Realisierung aller Projektvorschläge über zusätzliche Mitteleinwerbung versucht.

Wenn die Höhe der Antragstellungen für die Traditionsprojekte das Budget von 1.200 Euro einer Arbeitsgruppe übersteigt, werden in vier Arbeitsgruppen alle Antragshöhen reduziert; in sieben wird priorisiert oder die Realisierung aller Projektvorschläge über zusätzliche Mitteleinwerbung versucht. In rund der Hälfte aller Arbeitsgruppen kam das bisher aber noch nicht vor.

Aus der Sicht der Akteure der Gemeinwesenarbeit hat sich die Arbeitsweise in den Arbeitsgruppen bewährt und wird als überwiegend positiv eingeschätzt. Auszubauen ist die Bürgerbeteiligung, wobei insbesondere junge Menschen angesprochen werden sollen.

➤ **Selbstverständnis der AG GWA**

Aus der Sicht der Akteure sehen sich sechzehn Arbeitsgruppen als Netzwerk für Akteure im Stadtteil, sieben als Interessenvertretung des Stadtteils, elf als Lobby und Anlaufstelle für Bürger des Stadtteils und vier als politische Plattform in der Stadtteilarbeit (Mehrfachnennungen waren möglich).

Aus der Sicht der Akteure ergibt sich ein differenziertes Bild zum Selbstverständnis.

➤ **Antragsverfahren zum Initiativfonds Gemeinwesenarbeit**

Das Verfahren zur Mittelvergabe wurde bei seiner Einführung im Jahr 2000 nach geltenden Haushaltsgrundsätzen so einfach wie möglich organisiert. Dieses Verfahren orientiert sich an den haushaltsrechtlichen Verfahrensabläufen (GO, GemHVO, GemKVO, DA 02/03).

Die Antragstellung im Rahmen der Umsetzung des Initiativfonds Gemeinwesenarbeit ist ein sehr einfaches, kurzes und zeitnahes Verfahren. Mit der Überarbeitung der „Förderrichtlinie über die Gewährung von Zuwendungen aus dem Initiativfonds Gemeinwesenarbeit“ sind 2009 weitere Vereinfachungen unter Beteiligung der Sprecher der Gemeinwesenarbeitsgruppen vorgenommen worden.

Mit der Einführung des EDV-Programms FOEMI (zentrale Fördermittelverwaltung der LH Magdeburg) musste der Kosten- und Finanzierungsplan qualifiziert werden, da diese Angaben für dieses Programm zwingend notwendig sind.

Die Förderung traditioneller Veranstaltungen in den Stadtteilen über den Zeitraum von zwei Jahren hinaus ist bereits seit der Einführung der „Förderrichtlinie über die Gewährung von Zuwendungen aus dem Initiativfonds Gemeinwesenarbeit“ im Jahr 2006 möglich. Innerhalb jeder GWA-Gruppe sind – entsprechend dieser Förderrichtlinie - die zur Verfügung stehenden Fördermittel jedoch überwiegend für Projekte mit neuen inhaltlichen Ansätzen einzusetzen.

In 15 Arbeitsgruppen wird der Anteil für Traditionsprojekte im Budget der Arbeitsgruppen als ausreichend eingeschätzt; in drei Arbeitsgruppen reicht dieser nicht aus.

Aus der Sicht der Akteure der Gemeinwesenarbeit ist eine Veränderung oder weitere Vereinfachung des Antragsverfahrens nicht erforderlich.

➤ **Bewertung der Arbeit der AG GWA**

Zusammenfassend werden als positive Schwerpunkte durch die Akteure der Gemeinwesenarbeit insbesondere eingeschätzt:

- Einbringung in stadtteilbezogene Stadtentwicklungsprozesse;
- Beteiligung an der Entwicklung von Einrichtungen der sozialen Infrastruktur;
- Erarbeitung von Instrumenten zur Kommunikation im Stadtteil/ der Stadt;
- Durchführung vielfältiger Projekte in den Stadtteilen/ der Stadt;
- Organisation basisdemokratischer Meinungsbildungsprozesse und Bürgerbeteiligung.

Angemerkt wurde weiterhin, dass:

- die themenbezogene Gewinnung von Akteuren nicht immer gelingt;
- die Einbringung von Themen/ Fragestellungen in die kommunalpolitische Diskussion verbessert werden müsste;
- selbstorganisierte Netze insbesondere benachteiligter Menschen besser unterstützt werden sollten;
- allgemeine stadtteilbezogene Bürgeranliegen schneller durch die Verantwortungsträger aufgenommen werden müssten;

- die Zusammenarbeit mit noch nicht eingebundenen, aber notwendigen Akteuren im Stadtteil verbindlicher eingefordert werden müsste;
- die Öffentlichkeitsarbeit intensiver begleitet werden sollte;
- der finanzielle Aufwand für Sprecher z. B. für Büromaterialien in den städtischen Haushalt eingestellt werden sollte;
- stadtteilorientierte Auszeichnungen und Ehrungen für die geleistete Arbeit stärker angewendet werden müssten;
- eine Aufstockung der Mittel für den Initiativfonds zur Durchführung von Traditionsprojekten vorgenommen werden sollte.

Aus der Sicht der Akteure gibt es spezifischen Entwicklungsbedarf.

➤ **Themen zum Fachtag aus der Sicht der AG GWA**

Abgeleitet aus dem Stadtratsbeschluss zur Evaluierung der Gemeinwesenarbeit und den Themenvorschlägen der Akteure der Gemeinwesenarbeit in Vorbereitung der Fachtagung, werden am Nachmittag im „World Café“ folgende fünf Schwerpunkte reflektiert:

1. In welchem Selbst- und Rollenverständnis sehen Sie die AG GWA?
2. Welche weiteren Akteursgruppen sollten sich an der Arbeit in den AG GWA beteiligen?
3. Brauchen die AG GWA eine Geschäftsordnung?
4. Wie weiter mit dem GWA-Initiativfonds?
5. Welche Ansätze sehen die Akteure zur Verbesserung der Arbeit der AG GWA?

Sie finden diese fünf Fragen auch in Ihrer Tagungsmappe. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit, übergebe an Frau Dr. Lüttringhaus und hoffe, dass Sie viele Anregungen in das „World Café“ mitbringen.

Gemeinwesenarbeit – Impulse für Magdeburg

Die Auswertung der Evaluation der Gemeinwesenarbeit ergab, dass sich nach Meinung der befragten Sprecher der Arbeitsgruppen nicht genug Bürger an der Gemeinwesenarbeit beteiligen. Daraus ergab sich die Forderung, als ein Thema zu diesem Fachtag etwas zu den Möglichkeiten von Aktivierung und Partizipation von Bürgern zu hören.

Zu diesem Thema war Frau Dr. Maria Lüttringhaus aus Essen eingeladen. Maria Lüttringhaus ist



- Sozialpädagogin (FH) und Diplompädagogin
- Inhaberin und Leiterin des Lüttringhaus, Institut für Sozialraumorientierung, Quartier- und Case Management (DGCC).
- Freie Mitarbeiterin des Instituts für Stadtteilbezogene Arbeit und Beratung (ISSAB) der Universität Duisburg-Essen.
- Tätig im Rahmen der Personal- und Organisationsentwicklung nach dem Fachkonzept Ressourcen-, Lösungs- und Sozialraumorientierte Arbeit u. a. in Augsburg, Saarbrücken, Münster, Rendsburg, Berlin, Köln, Bonn, im Kreis Nordfriesland und Kreis Sankt Wendel, Ravensburg und den Integra-Projekten in Frankfurt/Oder und Erfurt.
- Zertifizierte Ausbilderin für Case Management (DGCC); Dozentin für Gemeinwesenarbeit am ev. Burkhardthaus.
- Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit e.V. (DGS) für die Sektion Gemeinwesenarbeit.

(Quelle Foto und Vita: <http://www.luettringhaus.info/index.php?id=13> Zugriff vom 24.03.2011)

Nach der Begrüßung machte Frau Dr. Lüttringhaus zunächst einige Ausführungen zur Sozialraumorientierung und sagte dann: „Und das Andere ist eben die Gemeinwesenarbeit, wo ich seit vielen Jahren die zentralen Fortbildungen mache, vor allem fürs Burkhardthaus, (das ist) die zentrale Stelle und die zentrale Fortbildung seit über einem Vierteljahrhundert ... im Bereich Gemeinwesenarbeit und jetzt auch im Bereich Quartiermanagement. Ich selbst habe ehrenamtlich ein Stadtteilprojekt aufgebaut, hatte fünf Jahre lang in meinem Wohnzimmer ein Stadtteilbüro und habe dafür die höchste Auszeichnung für ehrenamtliches Engagement bekommen.“

Frau Dr. Lüttringhaus gestaltete ihre weiteren Ausführungen zur Aktivierung und Partizipation in freier Rede. Für die Dokumentation des Fachtages stellte sie uns freundlicherweise einen Abschnitt ihres Buches zur Verfügung.

Aus: Lüttringhaus, M./Richers, H. (Hrsg):

Handbuch aktivierende Befragung. Konzepte, Erfahrungen, Tipps für die Praxis. Stiftung Mitarbeit, Bonn 2003.

Maria Lüttringhaus

Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer

Grundvoraussetzungen für Aktivierung und Partizipation

Aktivierung und Beteiligung stehen derzeit – zumindest programmatisch – hoch im Kurs. Bei genauerem Hinsehen zeigen sich jedoch so manche Tücken: Da werden Veranstaltungen perfekt durchorganisiert und degradieren Beteiligung zur Verkaufsveranstaltung. Beteiligung sieht dann oft so aus, dass mit Powerpoint-Demonstrationen die Leute plattgebeamt, mit Overheadprojektoren geblendet oder mit der Aufgabe, Moderationskärtchen zu kleben, schlichtweg überfordert werden.

Und selbst die Aktivierende Befragung verkommt mancherorts zum einmaligen aktionistischen Happening, das sich in einer Hochglanzbroschüre gut vermarkten lässt – selbst wenn die Akteure kurze Zeit später bereits das Weite gesucht haben. Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer – und eine Aktivierende Befragung allein bringt den Stadtteil nicht auf Trab.

Die folgenden Ausführungen sollen Hinweise liefern, um die Ausgangslage für Aktivierungs- und Beteiligungsprozesse einschätzen zu können. Sie zeigen Faktoren auf, die Menschen – trotz einer wunderbar organisierten und durchdachten Aktivierenden Befragung – oftmals daran hindern, aktiv zu werden.

Zu den Aufgaben sozialraumorientierter Arbeit gehört es, die Ausgangslage für Beteiligungsprozesse nicht nur zu analysieren, sondern darüber hinaus an der Verbesserung dieser Situation zu arbeiten. Geschieht dies nicht, werden die vorhandenen Schwellen der Aktivierung akzeptiert und gerade ohnehin benachteiligte Bevölkerungsgruppen weiter ausgegrenzt.

Dann heißt es – wie so oft angesichts mangelnder Teilnahme an einer Versammlung – nach einer Aktivierenden Befragung: »Die Leute hatten keine Lust mitzumachen«.

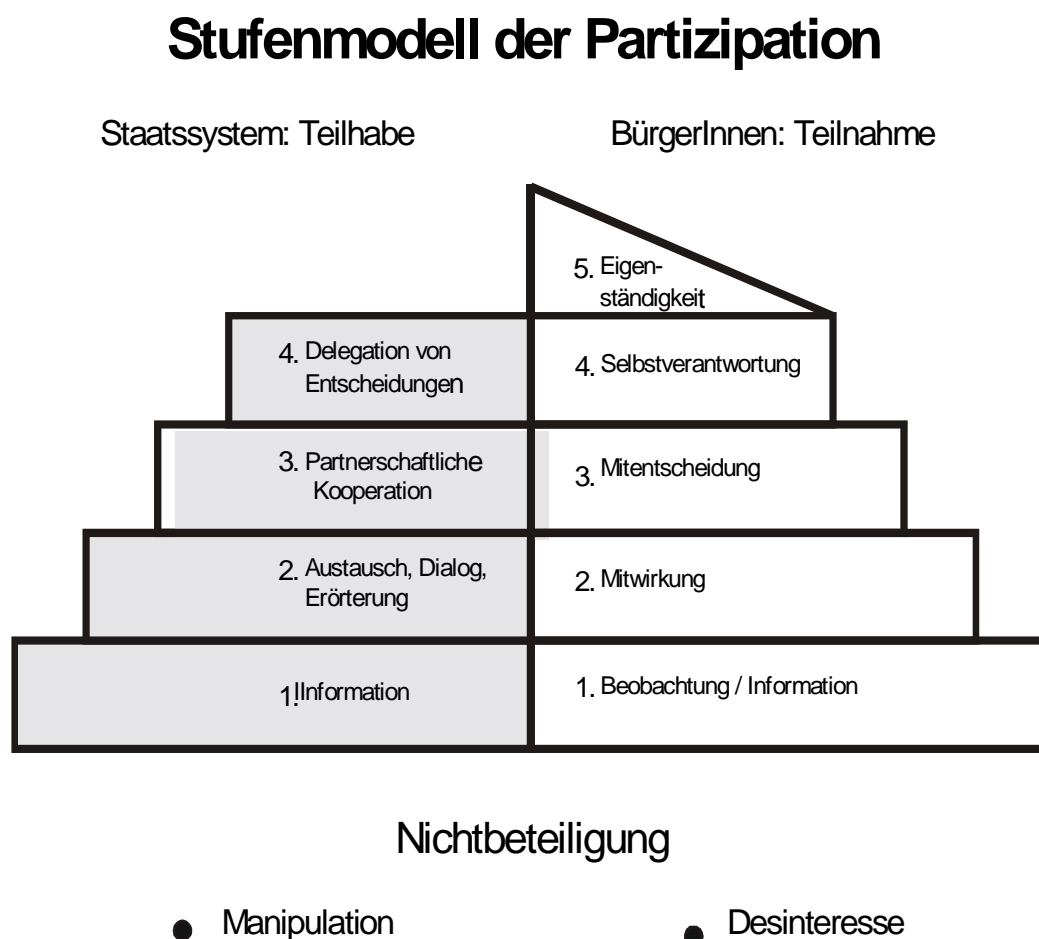
Bei derartig verkürzten Analysen über geringe Beteiligungsquoten werden die Zugangsvoraussetzungen ignoriert. Wer Beteiligung fördern will und Beteiligungsmöglichkeiten schafft, dabei jedoch den Status Quo der Ausgangslage hinnimmt, akzeptiert einen »sozialdarwinistischen Filter« (Emig 1995) mit gesellschaftlichen Folgen: Wer sich Engagement leisten kann, bestimmt über die mit, die nicht können oder wollen.

Es darf dementsprechend nicht darum gehen, durch eine Akzeptanz der Zugangsschwellen die sich ohnehin kontinuierlich hochschaukelnde »Spirale der Benachteiligung« zu verstärken und damit soziale Spaltungsprozesse zu forcieren.

Soziale Arbeit kann stattdessen darauf achten – parallel zu Aktivierenden Befragungen und der Organisation von Partizipationsforen – die Voraussetzungen bei den Bewohner/innen zu befördern, um aktiv zu werden. Im folgenden sollen zunächst kurz die Stufen von Partizipation und dann die Vielfalt fördernder und behindernder Faktoren benannt werden, um Hinweise für die Arbeit zu liefern, die parallel zur Aktivierungsarbeit notwendig ist, um Partizipation nachhaltig zu fördern.

Stufen der Partizipation

Zur systematischen Einordnung von Partizipation als Ergebnis der *Teilhabe* der Entscheidungsträger/innen (z.B. Politik) und der *Teilnahme* eines interessierten Personenkreises (z.B. Bürger/innen), schlage ich das folgende Stufenmodell vor, das in Anlehnung an Wickrath (1992) entwickelt wurde (s. dazu ausführlich Lüttringhaus 2000):



Das Modell kann hilfreich sein, um bei der Förderung von Partizipation Fehleinschätzungen zu vermeiden (z.B. zuviel zu versprechen) und im Vorfeld zu klären, welche Stufe von Partizipation aufgrund der jeweiligen politischen Rahmenbedingungen (z.B. Gesetze; Bereitschaft der Entscheidungsträger/innen usw.) und der eigenen Potentiale (z.B. Protestpotential) möglich ist und angestrebt wird.

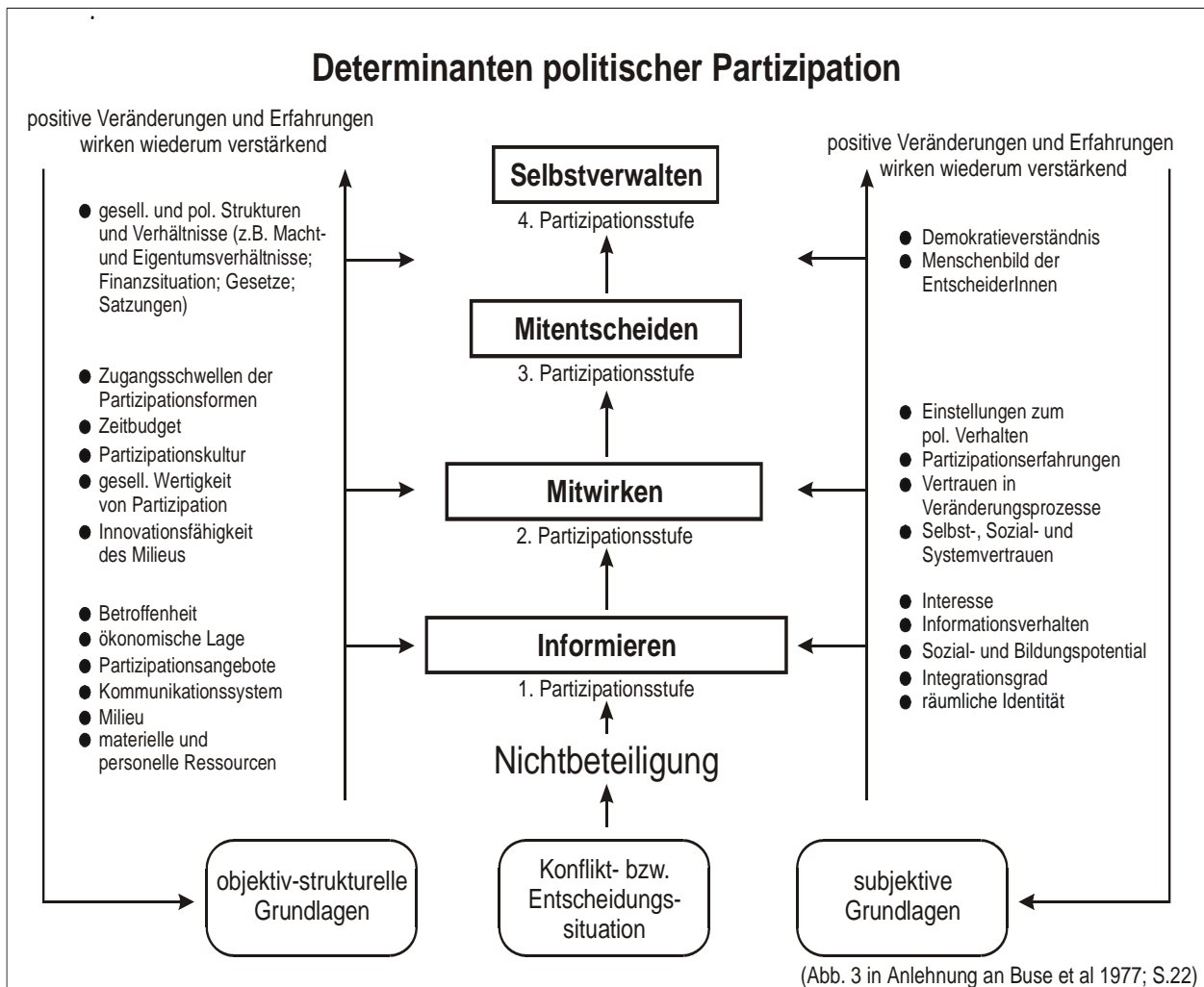
Grundvoraussetzungen politischer Partizipation

Das nächste Modell zeigt nun wesentliche Faktoren auf, die helfen können das jeweilige Potential an Partizipationsbereitschaft einordnen zu können. Damit werden auch die Punkte aufgezeigt, die durch eine langfristig angelegte soziale Kommunalpolitik (u.a. durch Gemeinwesenarbeit bzw. Quartiermanagement) verändert werden können, um die Chancen zur Teilnahme am öffentlichen Geschehen zu verbessern (s. dazu ausführlich Lüttringhaus 2000).

Ich möchte zeigen, dass eine Vielzahl einzelner Faktoren aufeinander aufbauen bzw. sich gegenseitig beeinflussen und tendenziell die jeweils nächste Stufe des Partizipationsprozesses mitbestimmen.

Den Ausgangspunkt für Partizipationsprozesse bildet zunächst eine Sachlage, in der zwei oder mehrere miteinander konkurrierende *Entscheidungsalternativen* bestehen, die einen Aushandlungs- bzw. Partizipationsprozess erfordern (vgl. ebd., S. 20). Das Partizipationsverhalten auf den vier Partizipationsstufen wird jeweils durch subjektive und objektiv-strukturelle Grundvoraussetzungen (Determinanten) bedingt, die sich wechselseitig beeinflussen und jeweils eine wichtige Grundlage bilden für den Übergang von einer Teilnahmeform zur nächsten. Das Modell räumt mit der nicht selten anzutreffenden Vorstellung auf, man könne durch die Veränderung eines Faktors – beispielsweise durch eine einmalige gezielte niederschwellige Aktivierung – die Teilnahmebereitschaft dauerhaft steigern. Es verdeutlicht somit die Komplexität und Verwobenheit der Faktoren und kann – mit Blick auf Partizipationsprozesse – übertriebene Erwartungen Sozialer Arbeit dämpfen. Es unterstreicht stattdessen die Notwendigkeit einer langfristig angelegten sozialen Kommunalpolitik auf vielen Ebenen, um Ausgrenzung zu minimieren. Ich möchte betonen, dass das Modell teilweise eine Linearität und Universalität suggeriert, die es in dieser strikten und reduzierten Form nicht gibt. Die hier gewählte Systematik soll lediglich zur groben Systematisierung dienen¹.

¹ Die hier entwickelte Grafik wurde angeregt durch eine Grafik von Buse et al 1977, S. 22 und wurde in wesentlichen Punkten verändert und ergänzt.



a) Grundvoraussetzungen für die erste Partizipationsstufe

»Informieren«

Ob Aktionsbereitschaft entstehen kann, ist von folgenden Faktoren bestimmt:

Betroffenheit als handlungsauslösendes Moment kann sowohl durch die Verschlechterung (*negativer Betroffenheit*), aber genauso auch durch die Verbesserung einer Situation (*Nutznießung*) ausgelöst werden (s. Hollihn 1978, S. 110).

Die weiteren subjektiven partizipationsfördernden Faktoren wie das *persönliche Interesse* und *Informationsverhalten* und der daraus resultierende *Wissensstand* über das Thema sind der zentrale Auslöser für Teilnahme (vgl. Buse et al. 1977, S. 290).

Dies ist aber sehr eng mit den Bildungsvoraussetzungen der Betroffenen verknüpft, da es sich gezeigt hat, dass der *Bildungsgrad* die wichtigste Variable für Aktionsbereitschaft ist (Franz 1989, S. 221f.).

Partizipationsbarrieren bilden mangelnde *Fähigkeiten, die Komplexität* von anstehenden Entscheidungen *zu erfassen*, fehlendes *Abstraktionsvermögen* sowie *Artikulationsschwierigkeiten*. Der letztgenannte Punkt betrifft aber nicht nur benachteiligte Bevölkerungsgruppen, sondern ebenso auch Planungseliten (vgl. Rinke 1984, S. 68ff.; Herlyn 1972, S. 236). Diese Bildungsfaktoren sind wiederum eng gekoppelt an den strukturellen Faktor der *ökonomischen Lage*, die die Wahrnehmung und Interpretation eines Sachverhalts beeinflusst.

»Unser ›soziales Kapital‹ ist ganz offensichtlich wesentlich mitbestimmt von unserem Zugang zum ›ökonomischen Kapital‹.« (Keupp 1995, S. 55; s. Rinke 1984, S. 91f.)

Der Prämisse Schulzes (1996, S. 39), dass Demokratie den Menschen nur dann am Herzen liegt, wenn deren ökonomische Lage kritisch ist, widersprechen zahlreiche Befunde, dass gerade überwiegend diejenigen aktiv sind, die sowohl ökonomisch als auch in biographischen Krisen abgesichert sind (vgl. Backhaus-Maul/Brandhorst 1997, S. 10).

Unabhängig von der ökonomischen Situation und dem Bildungsgrad jedes Einzelnen bildet das *Milieu* eines Quartiers eine wichtige Determinante politischer Partizipation. Die damit verbundenen Leitvorstellungen prägen die Werteorientierungen und Handlungsmuster und spiegeln sich dementsprechend auch in der Bewertung von Partizipation wider.

Mit Blick auf die relevanten Milieufaktoren sieht Strohmeier (1996, S. 4f.) zudem in der *Eingebundenheit in lokale soziale Netzwerke* einen wichtigen partizipationsfördernden Faktor, wobei aber lokale Netzwerke durchaus nicht nur partizipationsverstärkend wirken können, sondern z.B. bei starken negativen Einstellungen zum politischen Verhalten auch das Gegenteil bewirken können.

Bedeutsam für politische Partizipationsprozesse ist des Weiteren der *gemeinsame politische Raum in sozialem und geographischem Sinn* und die *örtlichen Integration* sowie die lokale *Identität* (Schulze (1996, S. 35ff.). Lokale Identität regt an, sich mit anderen Betroffenen über politische Ereignisse auszutauschen und fördert die Grundlagen für die Wahrnehmung als erste Stufe der Partizipation.

b) Grundvoraussetzungen für die zweite Partizipationsstufe

»Mitwirkung«

Förderlich für die aktive Mitwirkung ist ein *kommunikations- bzw. beteiligungsfreundliches partnerschaftliches Klima* durch das politisch-administrative System.

»Wenn solch ein partizipationsaffines Klima herrscht, das die aktive Beteiligung des Bürgers an den anstehenden ihn betreffenden Entscheidungen vorsieht ... kann eine Erhöhung der Partizipation in qualitativer und quantitativer Hinsicht erreicht werden.« (Buse et al. 1977, S. 292)

Ein weiteres förderliches Kriterium bei Planungsprozessen ist die *Überschaubarkeit* des Sachverhalts und ein möglichst *frühzeitiges* und *fortlaufendes Beteiligungsangebot*. Die Qualität der politischen Partizipationskultur wird wesentlich beeinflusst durch persönliche *Partizipationserfahrungen* in Vereinigungen wie

beispielsweise in Vereinen, Parteien oder Gewerkschaften sowie durch *Vorläufer-Erfahrungen_auf noch kleineren Partizipationsfeldern*, beispielsweise in der Familie oder am Arbeitsplatz, die einen »demokratischen Politisierungseffekt mit langfristigen Folgewirkungen« haben (Vilmar 1971, S. 52; Oel 1982, S. 157f.).

Ein besonderer partizipationsfördernder subjektiver Faktor ist – so Strohmeier (1996, S. 34f.) – das *Sozialvertrauen* als Zutrauen in die eigenen Fähigkeiten oder die von anderen Personen. Rommelspacher (1996, S. 17ff.) bestätigt den Befund des mangelnden Selbst- und Systemvertrauens insbesondere bei Bewohner/innen in benachteiligten Regionen, weil das *soziale Klima*, das einen hochgradigen Einfluss auf das Aktivierungspotential hat, von Unsicherheit geprägt ist und somit das *Vertrauen in anstehende Veränderungsprozesse* und in die Zukunft nur gering ist (vgl. ebd., S. 18ff).

»Angesichts der reduzierten Bereitschaft der misstrauischen Akteure, überhaupt Interaktionen einzugehen, sind deshalb sehr lange Zeiträume zu veranschlagen, bis es zu einer Steigerung des Vertrauens- und der Partizipationsbereitschaft kommt.« (Strohmeier 1996, S. 34)

Dementsprechend sind *langfristige Förderungsstrategien* zu entwickeln und die Beteiligungsbereitschaft in diesen Milieus durch die Wahl von *vertrauten Formen der Zusammenkunft* zu fördern. Beteiligungsverfahren sollten daher entformalisiert werden und auf der lokalen Ebene flexibel aus den jeweiligen örtlichen Gepflogenheiten entwickelt werden.

c) Grundvoraussetzungen für die dritte und vierte Partizipationsstufe

»Mitentscheidung« und »Selbstverwaltung«

Der Verlauf des Entscheidungsprozesses und das Ergebnis hängen von den objektiv gegebenen *gesellschaftlich-politischen Strukturen und Institutionen* ab.

Zu den wesentlichsten Faktoren politischer Partizipation zählen dabei grundsätzliche strukturelle Bedingungen, wie die *rechtliche und finanzielle Abhängigkeit der Kommunen* und die *finanzielle kommunale Abhängigkeit vom ortsansässigen oder anzuwerbenden Gewerbe* (s. Oel 1982, S. 151). Von hoher Bedeutung ist des weiteren der eher »weiche« Faktor des subjektiven *Demokratie- und Herrschaftsverständnis der Entscheidungsträger/innen*, das sich zwischen den Polen von hierarchischen und offen-kooperativen Politikformen bewegt (vgl. Buse et al 1977, S. 22).

Fazit

Eine aktivierende Befragung ist immer ein Tropfen auf dem heißen Stein. Sie muss eingebettet sein, in solides, langfristig angelegtes Konzept zur Unterstützung eines Quartiers, das weit über den sozialen Bereich hinausgehende Faktoren beinhaltet und auf Bedingungen Einfluss nimmt, die sich dem unmittelbaren Engagement selbst hochgradig aktiver Bürger/innen entziehen.¹

¹ Das Literaturverzeichnis zu diesem Beitrag finden Sie im Anhang zu dieser Dokumentation.

Gemeinwesenarbeit in Magdeburg

Diskussion mit dem Oberbürgermeister, Dr. Lutz Trümper



Der Oberbürgermeister Dr. Trümper erklärte sich bereit, Fragen der Teilnehmer zu beantworten. Dr. Gottschalk hat diese Diskussionsrunde moderiert. ¹

Frau Meier, Interessengemeinschaft Elbinsel Werder:

Ich habe seinerzeit als Stadträtin von der ersten Stunde an die Gemeinwesenarbeit mit verfolgt und begleitet. Gemeinsam haben wir in der Anfangszeit viele Vorschläge gemacht, wie die Arbeit der Gemeinwesenarbeitsgruppen funktionieren kann. Das eigentliche Ziel war von Anfang an die Identifikation der Bürger mit ihrem Stadtteil und die daraus entstehenden positiven Energien für die Stadtentwicklung zu nutzen. Was nicht von Anfang an festgelegt und gewollt war ist die Tatsache, dass Stadtteilstefte, Weihnachtsveranstaltungen und andere Festivitäten in den Vordergrund gerückt werden sollten. Das kann nur der erste Schritt sein, wie ich Bürger zum Mitmachen aktivieren kann. Aber den zweiten Schritt, den haben wir im Prinzip noch gar nicht erreicht. Das ist nämlich alles das, was Frau Dr. Lüttringhaus in ihrem Beitrag dargestellt hat.

Für das, was unter der Bezeichnung „Soziale Stadt“ bundesweit läuft, gibt es einen richtigen Wettbewerb. Wir haben uns als Interessengemeinschaft daran beteiligt. All das, was unter „Soziale Stadt“ inhaltlich zu verstehen ist, soll bei uns erst noch erreicht werden. Diese Umsetzung braucht unendlich viel Zeit für die

¹ Die Teilnehmer waren darüber informiert, dass der Mitschnitt der Diskussion dokumentiert wird.

Gemeinwesenarbeit, weil erst einmal Denkstrukturen angesiedelt werden müssen. Die Bürger müssen erstmal begreifen, welche Möglichkeiten sie haben. Das ist ein riesiger Aufwand, das möchte ich an dieser Stelle einmal sagen. Es sind bis jetzt 12 Jahre vom ersten Schritt bis zum heutigen Stand der Gemeinwesenarbeit vergangen und es braucht noch sehr viel Zeit, aber wir sind auf einem sehr guten Weg und wir sollten mit der zur Verfügung stehenden Summe Geld das Beste machen. Ich möchte darum bitten, dass diese Summe nicht gekürzt wird. Und ich möchte auch darum bitten, dass alle GWA-Gruppen noch einmal hinschauen, wofür dieses Geld ausgegeben wird und ob es nicht die eine oder andere Möglichkeit gibt, noch effizientere Ergebnisse damit zu erreichen. Der Weg ist richtig und die Phase, in der wir uns befinden ist noch eine Anfangszeit. Das was noch kommen soll, braucht noch ein bisschen Zeit. Deshalb bitte ich Sie, Herr Dr. Trümper, noch etwas Geduld zu haben.

Dr. Trümper:

Unsere Aussagen stehen da nicht im Widerspruch. Wer mehr Geld für den Initiativfonds fordert, der muss einfach etwas mehr damit machen als Stadtteilsteste.

Frau Zimmer, Interessengemeinschaft „Jung und Alt für Reform“:

Ich möchte mich dem anschließen, was Frau Meier und Dr. Trümper bezüglich der vielen Stadtteilsteste gesagt haben. Bei uns in der Arbeitsgruppe Reform hatte sich eine Bürgerin gefunden, die mit benachteiligten Kindern und Jugendlichen Projekte durchführen wollte und dafür Mittel aus dem Fonds beantragt hat. Dieses Projekt hätten wir gern bei uns in der GWA umgesetzt, aber uns wurde dann gesagt, dass das Geld dafür nicht da ist. Vielleicht kann man dazu noch mal was sagen. Für Stadtteilsteste ist immer was da, aber für solche Projekte leider nicht. ¹

Dr. Trümper:

Nach meinem Wissen entscheiden die Gemeinwesenarbeitsgruppen selbst über die Verwendung des Geldes. Die Verwaltung schreibt die Verwendung nicht vor. Das sollten Sie in Ihrer Arbeitsgruppe noch einmal besprechen.

Herr Gehrmann, Bürgerinitiative Olvenstedt e. V.:

Schönen Dank, dass wir heute hier sein dürfen. Herr Oberbürgermeister, mich würde interessieren zu welchen Zeiten Sie Ihre Sprechstunden anbieten. Ich als Ehrenamtlicher bekomme oft Einladungen zu Veranstaltungen die am Vormittag stattfinden oder um 14 Uhr beginnen. Das sind immer tolle Themen aber zu diesen Zeiten kann man als Ehrenamtlicher, der auch noch berufstätig ist, einfach nicht teilnehmen.

¹ Ein solches Projekt ist 2010 mit Unterstützung aus dem Initiativfonds Gemeinwesenarbeit in Reform umgesetzt worden.

Dr. Trümper:

Meine Sprechstunde ist ein Mal im Monat, in der Regel während meiner Arbeitszeit. Wenn Sie aber eine schriftliche Anfrage stellen, kann ich mich zu dem angefragten Thema vorbereiten, kann dann schon konkrete Aussagen treffen. Und wir können einen festen Termin vereinbaren, der sich an Ihren Wünschen orientiert.

Herr Gehrman:

Gut, das ist in Ordnung.

Noch mal zu dem Thema „Feste“. Ich mache immer einen Unterschied zwischen kommerziellen Festen und einem Fest, welches eine Gemeinwesenarbeitsgruppe oder kleinere Vereine vorbereitet haben. Gehe ich zu einem von einer GWA organisierten Fest, da kann ich ohne größere finanzielle Aufwendungen Spaß haben. Und die Stadtteilbewohner reden miteinander, kommen ins Gespräch und daraus entwickeln sich dann neue Aktivitäten. Vielleicht auch Aktivitäten mit einem sozialen Hintergrund, die dann aus dem Initiativfonds unterstützt werden können.

Eine Frage habe ich noch. Wie ist der aktuelle Stand zur Besetzung eines Stadtteilmanagements in Neu Olvenstedt? Wir brauchen dort definitiv professionelle Arbeit, professionelle Unterstützung der Ehrenamtlichen. Die Probleme die dort anstehen, können nicht immer nur nach Feierabend bearbeitet werden.

Dr. Trümper

Der Antrag wurde gerade im Stadtrat gestellt. Stadtteilmanagement ist vom Begriff her eine Funktion, die im Programm „Soziale Stadt“ verankert ist und nur in diesem! In diesem Förderprogramm des Bundes ist vorgesehen, ein Stadtteilmanagement befristet über die Laufzeit des Programms zu installieren. Meines Wissens gibt es in Olvenstedt das Förderprogramm „Soziale Stadt“ gar nicht. Dass der Antrag überhaupt gestellt wird, bedeutet, dass es trotzdem einen Bedarf gibt. Meiner Meinung nach ist der Anspruch, der an eine Person als Stadtteilmanager gestellt wird, nicht erfüllbar. Da würde ich lieber die Mitarbeiter der Verwaltung, die tatsächlich benötigt werden, in die Gemeinwesenarbeitsgruppen schicken. Da bekommen sie vor Ort mit, welche Probleme es gibt und sind auch diejenigen, die diese Probleme lösen können. Ich bin kein großer Befürworter, überall Stadtteilmanager einzusetzen. Wenn so ein Förderprogramm dann ausläuft und es keine Finanzierung mehr gibt, dann kommt das Problem, wer das dann bezahlt. In Neu Olvenstedt wird es wohl keinen Stadtteilmanager geben. Herr Gehrman, ich weiß, das freut Sie jetzt nicht, aber ich kann nicht immer nur Freude verbreiten.

Herr Thiem, GWA Alte Neustadt:

Wir hatten darüber gesprochen, dass Informationen und informiert sein für Ehrenamtliche sehr wichtig ist. Darum finde ich es gut, dass für Bürger, die keinen Zugriff zum Internet haben, hier im Rathaus eine Zugriffsmöglichkeit zum Ratsinformationssystem besteht. Aber die Bedienung ist sehr kompliziert. Das müsste überarbeitet werden.

Dr. Trümper:

Bitte sagen Sie mir genau, was konkret geändert werden soll. Am besten schriftlich, damit ich das an den entsprechenden Mitarbeiter weitergeben kann.

Herr Kratz (GWA Neustädter See und Kannenstieg):

Sie sagten, die Meinung zu einem Sachverhalt innerhalb der Gemeinwesenarbeitsgruppen ist oft die Meinung einer Minderheit. Es geht um einen konkreten Sachverhalt den ich hier nicht benennen möchte. Ich möchte wissen, wann hat ein Bürgerbegehren, das in den Gemeinwesenarbeitsgruppen mehrerer Stadtteile entstanden, über ein halbes Jahr diskutiert und gewachsen ist eine Chance, bei den Stadträten positiv bewertet zu werden? Natürlich kann es sein, dass die Mitstreiter der Gemeinwesenarbeitsgruppen eine Minderheit sind, aber sie vertreten hier die Meinung mehrerer tausend Menschen.

Dr. Trümper:

Wir wissen alle, dass die GWA-Gruppen von der Anzahl der Personen her eine Minderheit sind. Manchmal vertritt diese Minderheitengruppe eine Mehrheitsmeinung, manchmal auch nicht. Das ist eine Frage, die muss man abwägen. Die demokratischen Entscheidungen über die Angelegenheiten der Stadt werden im Stadtrat getroffen. Der Sachverhalt den Sie meinen, betrifft die Schließung der Straße „Am Vogelgesang“ am Zoo und die Schließung des Nordeingangs des Zoos.

Für ein Bürgerbegehren gibt es ganz klare gesetzliche Regeln. Dafür benötigen Sie 10.000 gültige Unterschriften von Magdeburgern die bei einer Kommunalwahl wahlberechtigt sind. Wenn Sie die haben, muss der Stadtrat eine Entscheidung treffen, ob das Bürgerbegehren zulässig ist oder nicht. Danach gibt es den Bürgerentscheid.

Sie haben ca. 3.000 Unterschriften gegen die Straßenschließung und für den Erhalt des nördlichen Zooeingangs vorgelegt. Der Stadtrat hat das zur Kenntnis genommen und trotzdem anders entschieden. Das ist demokratisch einwandfrei.

Herr Kratz

Dann ist doch jede Bekundung gleich zum Scheitern verurteilt. Wenn ich in Nord von 20.000 Leuten rede und davon unterschreiben 5000. Wie ist das dann zu sehen? Bürgerbegehren ist hier sicher der falsche Begriff. Ich meine eine Interessenlage innerhalb eines relativ großen Stadtteils.

Dr. Trümper:

Wir haben nur den einen Stadtrat und der muss immer für die ganze Stadt entscheiden. Stadtteilparlamente, die über die Belange einzelner Stadtteile entscheiden, gibt es in Magdeburg nicht, dafür ist unsere Stadt nicht groß genug.

Herr Gehrman:

Vorhin wurde noch einmal gesagt, es gibt einen Beschluss, dass die Gemeinwesenarbeitsgruppen rechtzeitig in Entscheidungen mit einbezogen werden müssen. Und bei solchen Entscheidungen, wie mit der Straße dort am Zoo und anderen Gelegenheiten an denen eine breite Öffentlichkeit interessiert ist, wäre ich dafür, dass die GWA-Gruppen ein Mitspracherecht bekommen, sei es in den Ausschüssen, den Stadtratsfraktion oder direkt im Stadtrat. Die Gemeinwesenakteure wollen unmittelbar bei der Entscheidungsfindung mit einbezogen werden. Das wäre der Dank an die vielen Leute, die sich ehrenamtlich engagieren. Darüber sollte man nachdenken.

Dr. Trümper:

Ich habe vorhin deutlich und unmissverständlich gesagt, ich könnte mir vorstellen und es soll geprüft werden, dass und wie die Gemeinwesenarbeit Anträge in den Stadtrat einspeisen kann. Was wollen Sie mehr? Deutlicher kann ich es nicht sagen.

Dr. Gottschalk:

Ich denke, Herr Gehrman wollte es noch einmal hören.

Das war auch ein wesentlicher Ansatzpunkt unseres heutigen Fachtages, hier eine Öffnung zu erreichen um in Anlehnung an das bestehende Senioren- oder Jugendforum Anträge aus der Gemeinwesenarbeit in den Stadtrat einbringen zu können. Der Vorschlag wird als weiterer Impuls mit in die Diskussion aufgenommen werden.

Herr Dr. Trümper, ich danke Ihnen im Namen aller Akteure, dass Sie sich wieder einmal in die Gemeinwesenarbeit eingebracht und sich hier den Fragen der ehrenamtlichen Akteure gestellt haben. Vielen Dank.

Gemeinwesenarbeit – Problemschwerpunkte in Magdeburg

Diskussion im World Café

Die Diskussion erfolgte in der methodischen Form eines World Cafés mit ca. 60 Teilnehmern aus den Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit. Die Gastgeber der Diskussionstische konnten in einer angenehmen Atmosphäre zu den Gesprächen einladen. Die Ergebnisse der fünf moderierten Gesprächsrunden sind folgend dargestellt.



In welchem Verständnis sehen Sie die Gemeinwesenarbeit?

1. GWA ist ein Entwicklungsprozess
2. offenes Forum für Bürgeranliegen und Sprachrohr für Bürger
3. örtliche Vernetzung von Akteuren des Stadtteils; auch Austausch der Professionellen vor Ort
4. Mittlerfunktion zwischen Bürgern, Stadtverwaltung und Politik
5. Keine Plattform für bestimmte Gruppen und Unternehmen; parteilose, autonome und basis-demokratische Arbeit
6. Informationsplattform
7. Ausbildung von Heimatgefühl und Identitätsbildung mit Stadtteil
8. Beförderung von Stadtteilentwicklung und Stadtteilkultur
9. Plattform für Integration und Partizipation für alle Bürger
10. Bündelung von Ressourcen

11. bestehende Fragen und Problemlagen im Stadtteil erfassen, bündeln, weiterleiten und gemeinsame Lösungssuche/Problembearbeitung
12. Erreichung längerfristiger Ziele durch ständige Zusammenkünfte
13. Selbstverständnis der GWA-Arbeit erweitern hinsichtlich der Koppelung an den Sozialen Dienst
14. Bürgern in sozialen Problemlagen helfen und für soziale Brennpunkte da sein, sozialen Frieden positiv beeinflussen
15. konkrete Initiativen/Projekte organisieren für alles, was die Bürger bewegt
16. Erreichbarkeit der Bürger zu den Terminen der GWA muss gewährleistet werden
17. Vernetzung aller GWA-Gruppen schaffen/fördern
18. Sichtweisen über Stadtteilgrenzen hinweg kommunizieren, damit alle GWA's ein gleiches Grundverständnis der Auffassung und des Selbstverständnisses von Gemeinwesenarbeit in Magdeburg erreichen
19. Begrifflichkeit „GWA“ nur wenig bekannt im Stadtteil, Umbenennung z. B. in „Stadtteilarbeitstreff“, dem Bürger Inhalt der GWA besser erklären, Öffentlichkeitsarbeit verbessern

Welche weiteren Akteure sollten sich an der Arbeit in den AG GWA beteiligen?

1. Themenbezogene Einbindung von Verwaltung (z. B. Tiefbauamt, Stadtgartenbetrieb, Jugendamt, Sozial- und Wohnungsamt, Stadtplanungsamt, Ordnungsamt, ...),
 - Stadtverwaltung sollte mit gutem Beispiel vorangehen und im Vorfeld von Entscheidungen der GWA die entsprechenden Informationen anbieten
2. Kontinuierliche Mitarbeit aller im Stadtteil gewählten Stadträte, jedoch keine Parteiarbeit
3. Kontaktbeamte der Polizei wieder stärker aktivieren, ALSO-Projekt und JuBP
4. Externe Teilnehmer je nach Bedarf/Thematik z. B. SWM, MVB, Post, Land, Beschäftigungsgesellschaften AQB, GISE ...
5. Wohnungsunternehmen
6. Gesundheitswesen, Stadtteilsozialarbeiter, Streetworker
7. Soziale Einrichtungen wie z. B. Kinderheime, Kirchengemeinden, Alten- und Servicezentren, Kindertageseinrichtungen, Schulen, Feuerwehr, Wohlfahrtspflege, Bildungsträger
8. örtliche Vereine, Sportvereine, Künstler
9. örtliche Unternehmen, Gewerbetreibende, Einzelhändler/Discounter → Unterstützung von Projekten (Geld, Sachmittel, Mitarbeiter-Engagement)
10. alle am Stadtteil interessierten Bürger, ob jung oder alt, alle Akteure, die sich mit dem Stadtteil verbunden fühlen, besonders auch Migranten und Bürger mit Migrationshintergrund
11. Zusammenarbeit der benachbarten GWA-Gruppen bei stadtteilübergreifenden Sachverhalten
12. Verstetigung der GWA im Stadtteil durch feste Zeiten und entsprechende Öffentlichkeitsarbeit

13. tatsächliche Probleme des Stadtteils auf die Tagesordnung setzen, damit mehr Bürger angesprochen werden
14. Bürger auch durch ungewöhnliche Aktivitäten zum mitmachen motivieren (Lüttringhaus: vor einer GWA-Versammlung mit einer Kapelle durch den Stadtteil ziehen und Bürger einsammeln)
15. bessere Vernetzung innerhalb der GWA durch offene Versendung aller mail-Anschriften



Welche Regelungen wären für die AG GWA wünschenswert?

1. GWA sollte nicht zu sehr formalisiert werden, keine „Geschäftsordnung von oben“ vorgeben, jede GWA sollte sich selbst ein „Regelwerk“ geben

Was könnte drin stehen:

- a. Abstimmungsregeln zu Sachverhalten, Themen, Wahlen, Fördermitteln (eine Minderheit sollte eine Mehrheit nicht unterlaufen können)
- b. Jahresplanung der Termine, Anfangszeit der GWA (Erreichbarkeit der Bürger zu den Terminen der GWA muss gewährleistet werden), Zeiten sollten immer gleich sein, Ort kann wechseln; möglichst nicht zu Zeiten wo Stadtrat oder Ausschüsse sind damit Teilnahme der Stadträte möglich ist
- c. Wahl Sprecher oder Sprecherrat, Vertretungsregelungen, Amtszeit; Sprecher sollten keine Politiker sein (Landtagsabgeordnete, Stadträte)
- d. Gewährleistung einer regelmäßigen Zusendung von Einladung und Protokoll

- e. bessere Vernetzung innerhalb der GWA durch offene Versendung aller mail- Adressen
 - f. Regeln für Vergabe und Verwendung der Fördermittel innerhalb der GWA (wie viele Träger sollten an einem Projekt beteiligt sein)
2. Antragsstellung der GWA im Stadtrat ermöglichen, möglichst einfache Verfahrensweise entwickeln
 3. GWA-Sprecherrat der Sprecher als Interessenvertretung aller GWA
 4. Rechtliche Absicherung, Haftung bei „Fehlern“ der GWA
 5. Versicherungen bei Veranstaltungen – Haftpflicht
 6. frühzeitige Einstellung der Termine auf der Internetplattform LH MD, dazu rechtzeitige Meldung von Terminen der GWA-Sitzungen an Frau Ziegler notwendig
 7. bessere Information der Bürger über Schaukästen und Plakatierung
 8. Handzettel entwickeln, der über das Konzept der GWA, Verfahren und Verständnisfragen Auskunft gibt
 9. Einführungsgespräch durch Verwaltung bei Übergabe an neue Sprecher
 10. Organisationsform der GWA diskutieren, sind Vereine sinnvoll?
 11. Regionale Gliederung überdenken, kleinteiliger, quartiersbezogener
 12. regelmäßige Fachtage auch mit Bildungsanteil
 13. Dank an Akteure und mehr Wertschätzung der geleisteten Arbeit erforderlich

Wie weiter mit dem GWA-Initiativfonds?

1. Förderrichtlinie in Ordnung
2. Einfachheit des Antrages beibehalten
3. GWA-Gruppen können sich selbst weitere Regeln für Mittelvergabe geben
4. eine/keine Reglementierung für Traditionsprojekte, Erneuerungsprozess innerhalb der Traditionsprojekte berücksichtigen, jede Gruppe soll selbst entscheiden in welcher Höhe Traditionsprojekte gefördert werden
5. Eine bestimmte Summe des Fonds soll für eindeutig neue Projekte ausgegeben werden
6. Abrufbarkeit der Mittel ab Anfang des Jahres sollte beibehalten werden
7. Stärker trägerübergreifende Projekte finanzieren (mindestens 2 Träger)
8. Aktive GWA-Arbeit sollte belohnt werden, einige Antragsteller werden für den Rest des Jahres nicht mehr gesehen
9. Wertschöpfung der GWA-Arbeit herausstellen
10. Qualität der Projekte sollte größere Rolle spielen, bessere Prüfung in der GWA durch Konzeptvorstellung vor Abstimmung
11. Vergabe der Mittel nicht an erste sondern an innovative Antragsteller
12. Transparenz der Ziele der Veranstaltungen sollten erkennbar sein
13. Erhöhung des Fonds auf 3.000 Euro pro Gruppe
14. zusätzliche Mittel bereitstellen für:
 - a. spezielle Förderung von sozialen Projekten
 - b. übergreifende GWA-Arbeit (Präsentationen, Veranstaltungen)
 - c. Aufwandspauschale für Sprecher (Briefmarken, Druckerpatronen, Papier)

15. Wie ist die Haftung bei Veranstaltungen, die die GWA organisiert?
16. Öffnung von Sporteinrichtungen am Wochenende, Betreuung durch Ehrenamt sollte durch Obolus Anerkennung finden



Welche Ansätze sehen die Akteure zur Verbesserung der Arbeit der AG GWA?

1. Veröffentlichung der Einladungen und Protokolle im Internet
2. Termine für Veranstaltungen der GWA ins Internet stellen
3. GWA-Newsletter
4. Absprache der Termine zwischen den GWA's, so dass Stadträte und benachbarte GWA teilnehmen können
5. Kommunikation zwischen Sprechern und GWA-Mitgliedern verbessern
6. Regelmäßiger Austausch in einem Fachtag o. ä. 1-2x jährlich, Förderung des Austausches zwischen den AG'n GWA
7. Fortbildungsmöglichkeiten schaffen
8. Bessere Zusammen- und Mitarbeit der GWA-Akteure innerhalb der GWA-Gruppen
9. Information an GWA, wenn Einrichtungen und Vereine Veranstaltungen durchführen, die nicht vom GWA-Fonds unterstützt werden
10. Bürgerbeteiligung erhöhen, resignierte Ressourcen mobilisieren
11. Anreize zur Mitarbeit in der GWA schaffen, würdigen der Aktiven durch kleine Anerkennung/Ehrung
12. Stellungnahme der GWA bei „ausgewählten“ Drucksachen und Anträgen an den Stadtrat
13. GWA sollte im Stadtrat in der aktuellen Debatte regelmäßig Thema sein

14. Bekanntheitsgrad der GWA verbessern, Nutzung neuer Medien z. B. lokale Sender
15. Inhalte und Aufgaben der GWA bekannter machen, Interesse durch Öffentlichkeitsarbeit wecken
16. Betroffenheit der Bürger gewährleisten durch Wahl der Themen der GWA-Sitzungen
17. Image der GWA verbessern durch gemeinsames Logo
18. GWA-Schaukästen zur Verbesserung der Identifikation mit dem Stadtteil
19. Aufwandsentschädigung für Sprecher
20. Prüfung rechtlicher Umgang mit Sponsoren- und Spendengeldern
21. Beteiligung an „Jahr der Jugend 2011“ und Projekt der Bertelsmann-Stiftung „jungbewegt“



Anhang

Literaturverzeichnis zum Artikel von Maria Lüttringhaus

„Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer“

Backhaus-Maul, H. / Brandhorst, A.: Risiken, Nebenwirkungen und Chancen. Kommunitarismusdebatte in den USA und in Deutschland. In: Alternative Kommunalpolitik 4/1997a, S. 36-38.

Buse, M. / Nelles, W. / Oppermann, R.: Determinanten politischer Partizipation: Studien zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Meisenheim 1977.

Emig, D.: »Die wahre Demokratie ist unbequem« (Ernst Toller) – das Verhältnis von Politik und Verwaltung in den Neuen Steuerungsmodellen. In: Alternative Kommunalpolitik 6/1995, S. 32-35.

Franz, M.: Hilfe zur Selbsthilfe: Was ist Organisationsentwicklung? In: Alternative Kommunalpolitik 6/1995, S. 38-40.

Friedman, J.: Planning in the public domain: From Knowledge to action. New Jersey 1987.

Froessler, R. / Selle, K.: Die Erneuerung der »Dritten Stadt«: Aktivierung von Entwicklungspotentialen in benachteiligten Stadtquartieren – Werkbericht der Arbeitsgruppe Bestandsverbesserung. Dortmund 1989.

Herlyn, U.: Innenstadterneuerung und Beteiligung der Betroffenen: Ein Versuch in Göttingen. In: Lauritzen, L. (Hrsg.): Mehr Demokratie im Städtebau. Hannover 1972, S. 234-244.

Hinte, W.: Soziale Arbeit in lebensweltlichen Bezügen: Dialogmanagement statt naiver Parteilichkeit. In: ILS (Hrsg.): Die Menschen machen ihren Stadtteil selbst. Dortmund 1997, S. 28-33.

Hinte, W.: Soziale Kommunalpolitik: Soziale Räume gestalten statt Elend verwalten. In: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit 3/1996, S. 27-33.

Hollihn, F.: Partizipation und Demokratie. Bürgerbeteiligung am kommunalen Planungsprozeß? Baden-Baden 1978.

Keupp, H.: Solidarisch und doch frei – für eine komunitäre Individualität. In: Psychologie Heute 7/1995, S. 50-55.

Lüttringhaus, M.: Stadtentwicklung und Partizipation, Fallstudien aus Essen-Katernberg und der Dresdner Äußeren Neustadt. Stiftung Mitarbeit, Beiträge zur Demokratieentwicklung von unten Nr. 17; Bonn 2000.

Lüttringhaus, M.: Partizipation in benachteiligten Stadtteilen: Planung am »bunten Tisch« statt »grünem Tisch«. In: Elsen/ Ries/ Löns/ Homfeldt (Hrsg.): Sozialen Wandel gestalten – Lernen für die Zivilgesellschaft. Neuwied 2000, S. 213-229.

Oel, H.-U.: Sozialräumliche Beziehungen und Bürgerbeteiligung in der Stadtteilentwicklungsplanung. München 1982.

Offe, C.: Bewährungsproben – über einige Beweislasten bei der Verteidigung der liberalen Demokratie. In: Weidenfeld, W. (Hrsg.): Demokratie am Wendepunkt: Die demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts. Berlin 1996, S. 141-157.

Ries, H. A.: Kontextuelles Lernen in der Gemeinwesenarbeit. In: Krebs, W. (Hrsg.): Methodische Ansätze in der Gemeinwesenarbeit. Auszüge aus der 8. GWA-Werkstatt 1995. Gelnhausen 1996, S. 70-79.

Rinke, R. G.: Partizipation und sozial-räumliche Planung öffentlicher Institutionen. Frankfurt/M. 1984.

Rommelspacher, T.: Einheit in der Differenz? Überlegungen zur Zukunft des Ruhrgebiets. In: Kommunalverband Ruhrgebiet (Hrsg.): Standorte – Jahrbuch Ruhrgebiet 1995/1996. Essen 1996, S. 17-23.

Schulze, G.: Die Wahrnehmungsblockade – vom Verlust der Spürbarkeit der Demokratie. In: Weidenfeld, W. (Hrsg.): Demokratie am Wendepunkt: Die demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts. Berlin 1996, S. 33-51.

Strohmeier, K. P.: Alternativen zur politischen Partizipation durch Bürgerbeteiligung an der Aufgabenerfüllung: Kommunale Problemlösungsstrategien und Verwirklichung des Subsidiaritätsprinzips. Manuskript der Fakultät für Sozialwissenschaft/Ruhruniversität Bochum, Bochum 1996 (veröffentlicht in: ders. / Gabriel, O. W. / Knemeyer, F.-L. (Hrsg.): Neue Formen politischer Partizipation – Bürgerbegehren und Bürgerentscheid. Interne Studien der Konrad-Adenauer-Stiftung Nr. 136. Sankt Augustin 1997, S. 127–190).

Vilmar, F.: Mitbestimmung am Arbeitsplatz. Neuwied 1971.

Wickrath, S.: Bürgerbeteiligung im Recht der Raumordnung und Landesplanung. Münster 1992.